

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

der israelische Historiker und Schriftsteller Yuval Noah Harari („Eine kurze Geschichte der Menschheit“) dominiert derzeit die Diskussion über die Frage, wer der Mensch überhaupt sei und wie wohl seine Zukunft aussehe. Bekannte Politiker (unter ihnen Barack Obama, Angela Merkel oder Sebastian Kurz) zögerten in der Vergangenheit nicht, ihn als einen ihrer Ideengeber zu nennen. Zu Hararis „Gemeinde“ zählt im Übrigen auch der Deutsche Klaus Schwab, der Gründer und Spiritus Rector des traditionell in Davos tagenden Weltwirtschaftsforums WEF. Schwab, das ist in diesem Zusammenhang wichtig, ist der geistige Vater des „Great Reset“-Gedankens – der (sehr stark verkürzt dargestellt) auf eine Abschaffung praktisch jeglichen Privateigentums hinausläuft und der dabei unterstellt, daß die dann Besitzlosen darüber auch noch froh sein werden.

Aufgrund seiner „Beraterfunktion“ auch für Schwab ist es sehr interessant, sich einmal kurz mit Hararis Menschenbild zu beschäftigen, das für jeden von uns wenig schmeichelhaft ist. Für ihn ist der Mensch letzten Endes nichts anderes als ein geistig besonders „reges“ Tier, das seine Vorherrschaft über andere Tiere mit laut Harari frei erfundenen Konzepten wie das Ich, den freien Willen oder auch eine angeblich nur vom Menschen erfassbare „Gottesnähe“ zu rechtfertigen versucht. Im menschlichen Gehirn sieht Harari nicht mehr als einen überaus leistungsfähigen Computer, dessen „Rechenleistung“ allerdings schon bald von künstlichen Gehirnen übertroffen werden wird.

Dann werden Mensch und Maschine immer mehr verschmelzen und ein technisch „optimierter“ Mensch wird den Homo Sapiens alter Prägung nach und nach hinter sich lassen. Die Gehirnleistung steigt, Krankheiten werden immer weniger und auch Erbkrankheiten werden nach und nach der Garaus gemacht. Ob dies eine wirklich schöne neue Welt wäre, bleibt natürlich der eigenen Beurteilung des geneigten Lesers vorbehalten. Zweifel scheinen aber angebracht. Denn in Hararis Zukunftsvisionen geht es nicht nur körperlichen Gebrechen an den Kragen, sondern zunächst auch der Privatsphäre und dann dem freien Willen. Aus dem ehemals idealerweise selbstbestimmten Menschen würde ein praktisch vollständig kontrolliertes Geschöpf. Geschickterweise läßt Harari es in seinen Schriften weitgehend unklar, ob er vor einer derartigen Entwicklung warnen oder sie regelrecht herbeischreiben möchte.

Fest steht, daß Harari primär in technisch-mathematischen Dimensionen denkt, in denen Künstliche Intelligenz (KI) für unser aller Leben immer prägender wird. Und je mehr KI und die moderne Biotechnik dabei an Raum gewinnen, umso mehr Menschen werden in Hararis Welt im Grunde überflüssig (man verzeihe diese ethisch gewiß unangebrachte Formulierung, die aber leider den Nagel auf den Kopf trifft), wie es der Historiker in kürzlichen Interviews sogar ganz offen eingestand.

Die offenbare Nähe zwischen Harari und Klaus Schwab führt recht schnell zu der Frage, inwieweit die Ziele des WEF von Hararis Gedankenwelt geprägt sind? In der Tat stellt das WEF mit seiner Vision eines „Great Reset“ die Umwelt und nicht den Menschen an sich (der langfristig natürlich einer intakten Umwelt bedarf, das ist gar keine Frage) in den Mittelpunkt seiner Prioritäten. In Übereinstimmung mit den von den Vereinten Nationen verfolgten Zielen stehen dabei z.B. Empfängnisverhütung und auch Abtreibung ganz oben auf der Agenda. Und auch der vom WEF propagierte „vorzeitige“ Verzicht auf fossile Energieträger läuft für die Industrienationen (bereits ohne „Ukraine-Krise“) auf einen zwangsweise gesenkten Energieverbrauch hinaus mit schweren und nicht einmal abschließend absehbaren Folgen für die Wirtschaft und die betroffenen Menschen.

Bekanntermaßen „schult“ das WEF seit Jahren immer wieder erfolgversprechende „Jungpolitiker“ im Rahmen seines „Young Global Leaders“-Programms. Zu den bisherigen Teilnehmern zählen u.a. Jens Spahn, Annalena Baerbock, aber auch Emmanuel Macron. Eine eventuelle Ansteckung mit Hararis Menschenbild ist dabei nicht ausgeschlossen. (tb)

2 **„Solche Schreihälse hat es in der Geschichte immer gegeben“**

Nach Auffassung mancher Beobachter praktisch rückgratlos zog der „Verlag Ravensburger“ das neue Indianerbuch „Der junge Häuptling Winnetou“ wieder aus dem Verkehr, weil darin u.a. das von manchen linken Hetzern als in diesem Zusammenhang „rassistisch“ gebrandmarkte Wort „Indianer“ vorkommt. Ein vergleichsweise kleiner, aber dafür umso aggressiverer Mob überwiegend anonymen „Aktivisten“ brachte den Verlag zu folgender Erklärung: „Unsere Redakteur*innen beschäftigen sich intensiv mit Themen wie Diversität oder kultureller Aneignung. Die Kolleg*innen diskutieren die Folgen für das künftige Programm und überarbeiten, Titel für Titel, unser bestehendes Sortiment.“

Hierzu der zeitweise „Bild“-Kommentator Joachim Steinhöfel: „Ein Verlag, der so formuliert, hat nicht nur die Kontrolle über die deutsche Sprache verloren oder zu viel Feuerwasser getrunken. Er unterwirft sich einer militanten Minderheit, die ohne jede demokratische Legitimation darüber entscheiden will, was gelesen werden darf und was nicht. . . . Solche Schreihälse hat es in der Geschichte immer gegeben. Das zivilisatorische Versagen, sich von ihnen skalpieren zu lassen, ist hingegen neu.“ (tb)

3 China, Taiwan und die Weltwirtschaft

Sollte der zwischen China und Taiwan sich zuspitzende Konflikt eskalieren, wäre die deutsche Industrienation eine der Hauptbetroffenen. Denn die Abhängigkeit der deutschen Industrie von in der Inselrepublik hergestellten (Vor-)Produkten ist erheblich. Dies betrifft insbesondere den Halbleiterbereich, wo taiwanische Betriebe einen großen Teil der weltweiten Nachfrage bedienen.

Für Deutschland kommt erschwerend hinzu, daß es nicht nur von Taiwan wirtschaftlich abhängig ist, sondern zugleich von der Volksrepublik China. Unser Land liefe damit im Konfliktfall Gefahr, spätestens dann in eine Zwickmühle zu geraten, wenn es sich zu einer der beiden Seiten (Taiwan oder China) bekennen müßte. Die Sicherung weiterer Belieferung aus dem einen Land durch ein entsprechendes Bekenntnis hätte dann mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Liefer- und/oder Abnahmestopp durch die andere Seite zur Folge. Dies würde nicht nur die deutsche Wirtschaft insgesamt stark belasten, sondern es ginge auch sehr schnell direkt zu Lasten des sprichwörtlichen „kleinen Mannes“. Dessen Lebensstandard würde deutlich sinken, wenn deutsche Unternehmen jeder Größe nach und nach zum Stillstand verdammt wären.

Spätestens wenn China versuchen sollte, Taiwan militärisch einzunehmen, käme es zu einer neuen globalen „Halbleiter-Krise“, die das entsprechende Geschehen während der letzten beiden Corona-Jahre bei weitem in den Schatten stellen würde. Dies gilt auch für den dann drohenden volkswirtschaftlichen Schaden, den einigermaßen korrekt zu beziffern nach unserem Wissen noch niemand wagte. (tb)

4 „Mossad-Chefinnen“

Erstmals in der Geschichte des israelischen Mossad-Geheimdienstes wurden nun zwei Frauen – deren Namen allerdings nicht bekannt wurden – in wichtige Führungspositionen gehoben. Diese müssen außer- bzw. oberhalb des Agentenbereichs liegen, weil Frauen dort schon seit etlichen Jahren auch wichtige Aufgaben wahrnehmen. Zeit seines Bestehens wurden und werden dem Mossad immer wieder spektakuläre Aktionen zugeschrieben, die in nicht seltenen Fällen aber auch zu internationaler Kritik an der jeweiligen Vorgehensweise führten. (tb)

5 Offene Feindschaft an der EU-Spitze

EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben beide den Ehrgeiz, in der übrigen Welt als „das“ Gesicht der EU wahrgenommen zu werden. Michel zeigt deshalb keine Bereitschaft, sich auf die ihm qua Amt zugeteilte Rolle zu beschränken, die vor allem in der Vorbereitung und Organisation von EU-Gipfeltreffen besteht. In den internen Zirkeln der EU-Kommission unter von der Leyen wird Michel deshalb „wichtigtueriesches Gehabe“ vorgeworfen und es ist weithin bekannt, daß zwischen Michel und von der Leyen offenbar „die Chemie“ einfach nicht stimmt. Weder auf der persönlichen noch auf der fachlichen Ebene.

Es geht bei dem Konflikt um nicht weniger als die Frage, wer die EU nach außen repräsentiert. Entweder die Chefin einer Behörde mit mehr als 32 000 (!) Mitarbeitern oder der Vorsitzende des Europäischen Rats, wo die für die EU wegweisenden Entscheidungen auf den Weg gebracht werden. Inzwischen machen sich beide Kontrahenten kaum mehr die Mühe, ihre gegenseitige Antipathie zu verbergen. Besonders deutlich wurde dies bereits vor einigen Monaten in Ankara, als beim sogenannten „Sofagate“ von der Leyen auf einem Nebenstuhl plazierte wurde, während Michel und Recep Tayyip Erdogan gemeinsam auf dem Sofa Platz nahmen. Offiziell wird darüber natürlich nicht mehr gesprochen. Doch von der Leyen hat Michel bis heute nicht verziehen, daß er damals nicht sofort Widerspruch gegen von der Leyens Behandlung eingelegt hatte.

Da Michel im März in seinem Amt bestätigt wurde, dürfte dieser Konflikt noch mindestens bis zu den Europawahlen im Jahr 2024 anhalten. Michels derzeitiger Posten wurde erst vor etwa 15 Jahren mit dem Vertrag von Lissabon geschaffen, um der Europäischen Union inner- und außerhalb „mehr Sichtbarkeit“ zu verschaffen. Derzeit ist aber eher das Gegenteil der Fall, weil der Dauerkonflikt die Antwort auf die Frage nach der tatsächlichen EU-Führung komplizierter als jemals zuvor erscheinen läßt. Immer öfter wird deshalb vorgeschlagen, die beiden Ämter personell zusammenzulegen um damit der dahinterstehenden Stimme mehr Gewicht zu verleihen. So wie es derzeit aussieht, dürften Michel und von der Leyen einen derartigen Schritt nach Kräften zu verhindern versuchen, damit der jeweilige Gegner daraus keinen Vorteil ziehen kann. Den möglichen Schaden hat Europa und damit wir alle. Doch das wird die Streithähne kaum interessieren . . .! (tb)

6 Polens neue Rolle in der EU

Ob zu Recht oder Unrecht, das mag vollkommen dahin gestellt bleiben: Fest steht, daß Polen bis zum Ukrainekrieg immer wieder „Arger“ mit der Europäischen Union (EU) oder auch den USA hatte. Es ging dabei interessanterweise nicht nur um z.B. rechtsstaatliche Fragen, sondern auch um die wirtschaftliche Kooperation mit Russland, das man in Warschau bereits als „unsicheren Kandidaten“ einstufte, als man in der restlichen EU hiervon noch gar nichts wissen wollte. Doch nun sind alle früheren Differenzen beiseitegeschoben, was nicht zuletzt Polens geographischer Lage geschuldet ist. Das Land grenzt nun einmal nicht nur direkt an die Ukraine, sondern auch an die russische Exklave Kaliningrad (Königsberg) und an Weißrussland, dessen Langzeit-Diktator Alexander Lukaschenko sich nur mit Kreml-Hilfe an der Macht halten kann. Lukaschenko hat sein Land dafür Russland für die Vorbereitung und Durchführung von Luftschlägen gegen die Ukraine zur Verfügung gestellt und er droht Polen andererseits offen mit einem Truppenmarsch, falls Weißrussland „proviziert“ würde.

Inzwischen laufen viele Waffenlieferungen des Westens in die Ukraine über einen ehemals kleinen polnischen Regionalflughafen nahe der ukrainischen Grenze. Allein diese Hilfestellung gibt Polen auf dem internationalen diplomatischen Parkett erheblichen Auftrieb. Hinzu kommt die Aufnahme von etwa drei Millionen Ukraine-Flüchtlingen, die bis heute zum größten Teil in polnischen Gastfamilien leben sollen. Nicht zuletzt deshalb wird Polen nun wahrscheinlich doch 35 Mrd. € aus dem Corona-Wiederaufbaufonds der EU erhalten, sofern dessen PiS-Regierung die von manchen EU-Kreisen unerwünschte Justizreform wieder aufgibt. (tb)

7 Korruption im Staatsfunk

Die mit Zwangsgebühren finanzierten staatlichen Fernsehsender (ARD, ZDF und Deutschlandradio) stehen schon seit längerem auch wegen ihrer Inhalte bei immer mehr Menschen in der Kritik. Insbesondere die ARD ist inhaltlich besonders umstritten. Dies hat auch damit zu tun, daß die Rundfunk-Zwangsgebühren mit aller Brutalität bis hin zu Gefängnisstrafen bei den Bürgern eingetrieben werden. Und die so erhaltenen Mittel (zuzüglich staatlicher Werbeeinnahmen) werden dann nicht nur für die Verbreitung „sauber“ recherchierter und politisch neutral gehaltener Informationen verwendet. Es wird vielmehr auch eine Bühne geboten für politische Eiferer mit meistens rot-grünem Hintergrund. Und Meldungen, die nicht in deren Weltbild passen, werden oft durch bewußt falsch agierende „Faktenchecker“ diskreditiert. Spätestens dann drängt sich ein böser Propagandaverdacht auf.

Daß nicht alleine die Führungskräfte der zwangsgebührenfinanzierten Sender mit die höchsten Durchschnittsverdienste aller in den öffentlichen Institutionen beschäftigten Mitarbeiter haben, ist dagegen kaum bekannt. Bekannt ist schon, daß die Intendanten mit jeweils über 300 000 € Jahreslöhne zu den absoluten Spitzenverdienern im öffentlichen Dienst zählen. Dies scheint aber der jetzt der Korruption überführten ARD-Intendantin Patricia Schlesinger noch nicht genug gewesen zu sein. Ihre Chefetage ließ sie aus den zum Teil brutal eingetriebenen Zwangsgebühren für 650 000 € aufmöbeln. Ein Betrag, für den die meisten ausgeplünderten Gebühreneinzahler nicht einmal wohnen. Darüber hinaus gönnte sie sich selbstverständlich noch Luxusdienstwagen und gleich zwei Chauffeure. Das Fass zum Überlaufen brachten von ihrem „Heimatsender“ RBB bezahlte, ausschweifende Partys zu Hause mit Ehemann und Freunden sowie üppige Beratungshonorare an den Ehemann, der nicht nur über die Berliner Messe abkassierte, sondern auch als Verwaltungsratsvorsitzender seine Hand über die bei ihm angestellte Ehefrau im RBB (Rundfunk Berlin-Brandenburg) hielt.

Beide erdreisteten sich sogar, mit anderen gerichtlich eine Gebührenerhöhung zu erzwingen und auch bei denjenigen, die die produzierten und von vielen Beobachtern oft als „Unsinn“ bezeichneten Sendehalte nicht einmal konsumieren können, gesetzlich die Zwangsgebühren abzukassieren. Selbst auf Vorrat gegründete GmbH-Mäntel ohne jede Geschäftstätigkeit und damit ohne Mitarbeiter sind z.B. zwangsgebührenpflichtig. Bezeichnenderweise steht offenbar die finanzielle Versorgung der oberen Rundfunkfunktionäre in umgekehrtem Verhältnis zu der immer schlechter werdenden Qualität der Inhalte, wo sich z.B. die Zahl der aufgedeckten Falschmeldungen mehrt.

Es wäre nach Auffassung vieler neutraler Beobachter dringend an der Zeit, dem Beispiel Frankreichs zu folgen und die weitere Erhebung einer „Propagandasteuer“ (Zwangs-Rundfunkgebühren) kritisch zu überprüfen. Wo ein ausreichendes Medienangebot vorhanden ist, sollte sich nach Auffassung dieser Beobachter auch der Staatsfunk in den Wettbewerb der Inhalte einreihen. Dann hätte sicherlich niemand etwas dagegen, wenn Haushaltsmittel verwendet werden, um die Regierungspolitik über den Staatsfunk den Bürgern seriös nahezubringen. (eh)

8 „Mielke, Ulbricht, Honecker & Co“ würden Tränen der Rührung vergießen

Unter dem neuen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) bekam Nordrhein-Westfalen unter anderem auch einen neuen Minister für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration. Es ist die Grüne Josefine Paul, die in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung mit der grünen sächsischen Justizministerin Katja Meier lebt. Sie scheint damit als Ministerin für Kinder, Familie und Jugend geradezu prädestiniert zu sein . . .

Nach Übernahme des Ministeriums schuf Paul zahlreiche neue Posten, was aber leider unter neuen Ministern jeglicher Couleur inzwischen fast selbstverständlich geworden ist. Sie müssen es ja nicht selbst bezahlen, dafür sind ja die Steuerzahler da, mag das dahinterstehende Denken lauten. In Nordrhein-Westfalen haben es die Bürger dafür jetzt auch leicht, in speziellen Datenbanken vermerkt zu werden. Es geht um von Paul vorgesehene Meldestellen für Außerungen, die mit der offiziellen Meinung zwar nicht übereinstimmen, dabei aber in keiner Weise justiziabel sein müssen. Neben der bereits eingerichteten Meldestelle „Antisemitismus“ sollen alsbald ähnliche Einrichtungen geschaffen werden für „Queerfeindlichkeit“, „antimuslimischen Rassismus“, „Antiziganismus“ sowie „asiatischen und weitere Formen des Rassismus“.

Die aufgrund erfolgter Meldungen (man sollte wohl lieber von Denunzierungen sprechen) dann in entsprechenden Dateien gespeicherten „Vorfälle“ müssen, wie gesagt, nicht einmal strafbaren Charakter haben. Es reicht ein gefühlt (oder eingebildeter) „schiefer Blick“ oder eine unbedachte Wortwahl, um den Betroffenen in die Dateien des offenbaren „Wahrheitsministeriums“ zu bringen. Es werden also Menschen und deren Meinungsäußerungen erfasst, die nachweisbar keine Straftat begangen haben. Ihr „Vergehen“ besteht lediglich darin, Positionen, Meinungen oder Gedanken vertreten zu haben, die den staatlichen Behörden unter Umständen jetzt oder in Zukunft nicht gefallen könnten. George Orwell („1985“) hätte sich dies nicht besser ausdenken können und „Mielke, Ulbricht, Honecker & Co.“ würden Tränen der Rührung vergießen, wenn sie erführen, welche aktuellen Pläne man in unserem Land hegt! (tb)

9 Großfamilien mit bis zu 84 Mitgliedern

Die Greizer Landrätin und Präsidentin des Thüringischen Landkreistages, Martina Schweinsburg (CDU), wies in einem Schreiben an Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) den thüringischen Regierungschef auf die Probleme hin, die mit dem zeitweise ungebremsten Zustrom ukrainischer Flüchtlinge für die Gemeinden ihrer Region verbunden waren und sind. Vor allem die teilweise Unterbringung in Schulturnhallen dürfe keine dauerhafte „Lösung“ sein, schrieb sie, weil dies „von der Bevölkerung zunehmend kritisch gesehen bzw. auch nicht mehr akzeptiert“ werde.

Danach traute sich Schweinsburg, eines der aktuell größten Probleme beim Namen zu nennen: Angeblich aus der Ukraine geflüchtete Roma-Großfamilien würden den Druck auf die Kommunen erhöhen, weil sich für diese nur schwerlich Wohnungen finden ließen. Die bisher größte „Großfamilie“ zählte stattliche 84 Mitglieder – und nur die wenigsten waren bzw. sind der ukrainischen Sprache mächtig. Sie lebten mutmaßlich bisher schließlich in den Grenzgebieten zu Rumänien und Ungarn, bis es sie im Gefolge des Ukraine-Krieges bis nach „Germoney“ zog. (tb)

10 „Recht auf Rausch“

Der Berliner Landesverband der Grünen möchte nicht nur den Konsum und den Besitz kleinerer Cannabis-Mengen legalisieren, sondern dies auch bei harten Drogen wie Kokain, Ecstasy oder Amphetaminen angewendet sehen. „Das Recht auf Rausch sollte in einer Stadt der Freiheit wie Berlin selbstverständlich sein, das klappt auch ohne die Mentalität einer bayerischen Dorfpolizei“, tönnte hierzu der Berliner Fraktionsvorsitzende der Grünen, Werner Graf, kurz vor der am 13. August abgehaltenen „Hanfparade“. Graf wandte sich dabei auch gegen die derzeit von den Strafverfolgungsbehörden oft verfolgte Praxis, nach der beim Besitz geringer Cannabis-Mengen die Polizei zwar ermittelt, das anschließende Strafverfahren dann aber von der zuständigen Staatsanwaltschaft meistens eingestellt wird.

Die von der Bundesregierung angestrebte Gesetzesänderung sieht eine Teil-Legalisierung von Cannabis und dessen kontrollierte Abgabe an Erwachsene in bestimmten Geschäften vor. Mit dem Gesetzentwurf ist gegen Ende des Jahres zu rechnen. (tb)

11 Fakten und Zahlen zu den Finanzen

Während private Verbraucher und mittelständische Unternehmen den Gürtel immer enger schnallen müssen, gibt die rot-grün-gelbe Bundesregierung nach wie vor Geld aus, als gäbe es kein Morgen. Nachstehend ein paar Fakten, die (leider) nicht den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit erheben:

- Als Erstes schuf die neue Ampelregierung mehr als 750 neue Beamtenstellen.
- Indien wurden Zahlungen „für den Klimaschutz“ zugesagt, die bis zum Jahr 2030 die Summe von 10 Milliarden € erreichen sollen.
- Eine Milliarde € stellte die Bundesregierung der Ukraine für Waffenkäufe direkt zur Verfügung, darüber hinaus sollen mindestens 400 Millionen € in die „Europäische Friedensfazilität“ fließen. Das ist ein EU-Finanzierungsinstrument zur Erstattung der Kosten für Waffenlieferungen an die Ukraine.
- Waffenlieferungen an die Ukraine aus den Beständen der Bundeswehr erfolgen allerdings ausdrücklich kostenlos.
- An dem u.a. in Lugano angedachten Wiederaufbauplan für die Ukraine (derzeitiges Volumen rund 750 Mrd. €) wird sich Deutschland mit einem Viertel (!) beteiligen.
- In einer aktuellen Umfrage unter deutschen Bürgern gaben 20 % der Befragten an, daß sie ohne Rückgriff auf ihre Ersparnisse ihr derzeitiges Leben nicht mehr finanzieren könnten.
- Bei einer gegenwärtigen Inflationsrate von offiziell rund 8 % dürften sich nach seriösen Schätzungen Lebensmittel innerhalb eines Jahres um etwa 15 % verteuert haben, Kraftstoffe um annähernd 50 % und der Gaspreis droht sich zu verdreifachen.
- Währenddessen plante der zwangsgebührenfinanzierte Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) unter seiner inzwischen geschassten Intendantin Patricia Schlesinger den Bau einer neuen Sendezentrale für 185 Mio. €. (tb)

12 „Sorgt selber für Euch“

Der langjährige Leiter des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, überraschte Mitte Juli gegenüber dem „Münchner Merkur“ mit einer – gemessen an seinen früheren Äußerungen – katastrophal schlechten Zukunftsprognose für unser Land und damit für uns alle. Vor dem Hintergrund möglicher Kriegsfolgen, der Inflation und der Energiefrage riet er den deutschen Bürgern:

„Sorgt selber für Euch. Glaubt nicht daran, daß der Staat das schafft. Der Staat wird heillos überfordert sein mit den sozialpolitischen Aufgaben. Die sozialen Sicherungssysteme sind nicht in der Lage, die Entwicklung des Lebensstandards so fortzuführen, wie wir es gewohnt sind. Je früher das jeder erkennt, desto mehr wird er Vorsorge treiben für die späteren Lebensjahre. Jungen Menschen kann man nur raten: Besinnt Euch auf traditionelle Familienbilder, seht zu, daß Ihr Kinder habt, damit Ihr mit diesen Kindern alt werden könnt. Der Zusammenhalt in der Familie wird angesichts der Schwierigkeiten des Staates immer wichtiger werden.“ (tb)

13 Simbabwe setzt auf Gold

Seit mehr als zwei Jahrzehnten kämpft man in Simbabwe mit Wirtschafts- und Finanzkrisen, die teilweise abenteuerliche Inflationsraten nach sich zogen. Jetzt hat die jährliche Geldentwertung nach Jahren hemmungslosen „Gelddrucks“ wieder einmal mehr als 250 % erreicht und die Landesführung suchte nach einem Weg, die Geldmenge schnell und wirkungsvoll zu reduzieren. Man besann sich dabei auf Gold. In einem ersten Schritt werden jetzt Münzen mit einer Unze Feingold zu einem Preis von umgerechnet 1800 Dollar herausgegeben, was mehr als einem halben durchschnittlichen Jahresgehalt entspricht. Sie sind mit einem Echtheitszertifikat und einer Seriennummer versehen, was Fälschungen erschweren soll. Da sich aber kaum ein normalverdienender Einwohner diese Münzen leisten können, sollen schon bald halbe, Viertel- und Zehntelmünzen folgen. Man hofft in Simbabwe, auf diesem Weg etwa die Hälfte der umlaufenden Simbabwe-Dollar vom Markt nehmen zu können.

Ein ähnliches Vorgehen war vor Jahrzehnten schon einmal in Südafrika zu beobachten. Damals wurden die ersten Krügerand-Münzen geprägt, die aktuell gefragter sind denn je. Leserinnen und Lesern, die noch über keine oder eine angesichts des Gesamtvermögens nur sehr geringe Goldrücklage verfügen, sei vor diesem Hintergrund noch einmal angeraten, über einen Goldkauf nachzudenken. Am einfachsten und sehr seriös kann dies in den Niederlassungen großer Goldhändler erfolgen (z.B. Degussa oder Pro Aurum), die in vielen Städten anzutreffen sind. Wichtig ist, stets nur physisches Gold zu erwerben und dieses nach Möglichkeit sicher zu Hause zu verwahren. Und wenn man das Gold gekauft und eingelagert hat, kann man sich eine weitere, intensive Kursverfolgung getrost ersparen. Denn der Goldkauf erfolgte einzig und allein zum Zweck der Absicherung im Crash-Fall oder bei einer galoppierenden Inflation. Und wer dann auf einen kleinen „Goldschatz“ zurückgreifen kann, dem wird es gleichgültig sein, zu welchem Preis dieses Gold einst erworben wurde und wie sich der Kurs seitdem entwickelte. (tb)

14 Für Sie aufgelesen (diesmal bei Voltaire):

„Geschichte ist die Lüge, auf die man sich geeinigt hat.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettetthofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.